Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzel. Numm. 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank“. — Havas, Lafitte, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 16. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Wolkig, stellenw. aufklär., Temper. zieml. dief., leichte Niederschläge. **Dresden. Freitag, 16. Januar.**

Politisches.

Immer heran, meine Herrschaften! Hier ist der Ort, wo man sein Geld los werden kann! Subscribiren Sie flott! 17 der größten Bankiersfirmen brauchen lumpige 8 Millionen, um die verkrachten Südseegründungen des Hauses Godeffroy über Wasser zu halten. Das Geschäft ist rentabel, der Gewinn zweifellos, darum munter gezeichnet! Das Reich breitet einen Zipfel des deutschen Banners über das Unternehmen. Immer heran! — So oder ähnlich hallt es in den Börsenblättern wieder und über ein Kleines, so wird in den Mammonstempeln der Absatz der Südsee-Aktien mit allen Mitteln poussirt. Der Patriotismus muß dabei herhalten, um die wässerigen Papiere an den Mann zu bringen. Man kennt aber diese Sorte von Procentpatriotismus. Ein echter Patriotismus müßte die 17 großen Bankhäuser, die das Publikum zur Aktienzeichnung auffordern, bewegen, jene 8 Millionen selbst zu zeichnen; das ist eine Kleinigkeit für sie. Sie wären außerdem sicher, daß das Reich ihr Unternehmen mittelst der Diplomatie, der Consulate und der Flotte in allen Punkten schützen und stützen würde, wo dies sich als nothwendig erweise. Wenn der Gewinn so sicher ist, warum machen sie ihn nicht selbst? Nun soll sich aber das Reich für die dreiprocentige Verzinsung auf 20 Jahre hinaus verbürgen. Das riecht so, als ob jene Bankhäuser doch Verluste für möglich halten. Unter solchen Umständen kann man die Kapitalisten nur auf das Gefährliche dieses Projektes aufmerksam machen. Die Taschen zu, ihr Privatleute! Auch Du halte die Tasche zu, deutsches Reich! Es ist in dieser Weise noch nicht erlebt worden, daß der Reichskredit für die verkrachten Unternehmungen eines einzelnen Handelshauses in Anspruch genommen worden wäre. Alle Achtung vor dem kaufmännischen Unternehmungsgeiste des Hauses Godeffroy; aber in Hamburg und in Bremen giebt es mehr als ein Dutzend von Handelshäusern, die sich mit Südsee-Unternehmungen befassen, deren Plantagen und Faktoreien blühen und denen es nicht beikommt, die Gelder der Steuerzahler Deutschlands für ihre Privatzwecke in Anspruch zu nehmen. Wenn denn einmal Reichsgelder für solche Zwecke disponibel sind, so wäre es viel rationeller, sie an Erträgnisse liefernde anstatt an mit Unterbilanzen arbeitende Unternehmungen zu wenden. Im Jahre 1878 hatte die Gesammteinfuhr von Erzeugnissen der Südseeinseln in deutsche Häfen einen Werth von 7 Millionen Mark. Es waren nicht hochwerthige Colonialprodukte, sondern Kopra (der getrocknete Kern der Kokosnuß, der zu Oel gepreßt wird), Kandlenüsse, Kokosgarn, Schildpatt, Perlschaalen und etwas Baumwolle. Eingeführt werden auf den Tonga- und Samoainseln vorzugsweise Manufaktur- und Eisenwaaren, Schiffsbaugeräthe und Werkzeuge. Die Bedürfnißlosigkeit der Bewohner jener Inseln läßt keine große Zunahme der Einfuhr erwarten. Mit ganz anderen Ziffern rechnet der überseeische Handel im Verkehr mit Ostasien und verschiedenen Theilen Nordamerikas. Weder steht und fällt der deutsche Südseehandel mit dem Stehen oder Fallen der Godeffroy'schen Plantagen, noch handelt es sich hierbei um ein gefahrloses Geschäft — gefahrlos nicht blos in dem Sinne, daß die Aktienzeichner ihr Kapital einbüßten und das Reich mit seiner Zinsengarantie Verluste hat, sondern auch, weil das nahe gelegene Nordamerika diese Inseln als in seinen Machtbereich fallend betrachtet und es sich wahrlich nicht lohnt, wegen einer Speculationsgründung eines Hamburger Hauses und des Gründungsprofits Bleichröders halber die guten Beziehungen Deutschlands und Amerikas zu trüben. Die Erwerbung von Colonien wird auf die Unterstützung der deutschen Nation rechnen dürfen, denn eine Colonialpolitik ziemt einer großen einheitlichen Nation. Aber das Reich suche sich hierfür Punkte aus, auf welchen die Colonisation ungehindert einige Menschenalter hindurch vorrücken kann, wohin es seine überschüssige Bevölkerung entsendet oder die doch Raum für Verbrecherstationen bieten; es beginne aber nicht auf Inseln zu colonisiren, die eng begrenzt, rasch bevölkert, wirthschaftlich wenig werthvoll und politisch bedenklich sind. Auf die eine Seite, wie Vater Bleichröder für seine neueste Gründung Stimmung zu machen sucht (daß er am Fuße des Gründungsprojektes ein amtliches Aktenstück des Reichskanzlers abdruckt), gehen wir aus naheliegenden Gründen nicht ein. Selbst die militärfromme „Nat.-Ztg.“ kann sich eines starken Kopfschüttelns zu diesem Vorgange nicht enthalten.

In den dritten Tag zieht sich nun die Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses über die sog. Verwaltungsreform. In ellenlangen Depeschen erzählt der Telegraph auch dem nichtpreußischen Publikum, welchen Schweiß es kostet, die preußischen Provinzen einen Millimeter weiter jener Selbstverwaltung zuzuführen, die seit Jahren in dem anderen weitaus größten Theile Deutschlands Gesetz und Rechtens ist. Geht es in dem Tempo weiter, so werden sich unsere preußischen Bundesbrüder noch mehrere Menschenalter hindurch fern von den Rechten befinden, mit denen sonst in Deutschland die städtische und ländliche Bevölkerung engverwachsen ist. Du lieber Gott! Wenn man sieht, wie arg zurückgeblieben in Preußen die Land- und Städteordnungen sind, so erscheinen die dickleibigen paragraphengespickten Vorschläge, die Bureaukratie nur noch strammer zu organisiren, beinahe knabenhaft. Trotzdem prahlt man damit, sie sollen die Selbstverwaltung fördern! Der sächsische Bauer, der schwäbische Städter, die längst ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen, werden es kaum glauben, mit wie tiefem Mißtrauen man in Preußen auf die Theilnahme der Land- und Stadtbevölkerung an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten blickt. In den neuen Provinzen und im Westen mißtraut die Regierung dem Volke so, daß sie ihm nicht einmal die mäßigen Rechte der alten Provinzen einräumt. Keine freie Wahl der Landgemeindevorstände! Wir im nichtpreußischen Deutschland können im frohen und gesicherten Besitze unserer Landgemeinde- und Städteordnungen, unserer Bezirksvertretungen und Kreisausschüsse nur mit Bedauern zusehen, wie unsere preußischen Brüder durch das Mißtrauen ihrer Regierung an dem Genusse staatsbürgerlicher Rechte aufgehalten werden, zu denen sie ebenso reif sind wie wir, während man sie nur unter der Fuchtel strammer Bureaukratie in Ordnung halten zu können behauptet.

Gambetta's Stern, der in der Berufung eines, wenn auch verkappten gambettistischen Kabinets höher zu steigen schien, ist durch die Vorgänge bei seiner erneuten Wahl zum Kammerpräsidenten einigermaßen umflort worden. Im vorigen Jahre erhielt er von 533 Stimmen 314, während 200 Monarchisten sich der Wahl enthielten; diesmal gaben ihm nur 259 Republikaner ihre Stimmen. Er hat offenbar an Einfluß verloren, d. h. in der Kammer. Käme es jetzt zu der Wahl eines Präsidenten der Republik, wenn z. B. Grevy plötzlich stürbe, so würde sich, da dann Senat und Deputirtenkammer zur gemeinsamen Wahl eines Präsidenten zusammenzutreten haben, kaum für Gambetta eine Mehrheit, eine imposante gleich gar nicht finden. Welche Lehre aber wird Gambetta aus diesen Thatsachen ziehen? Keine andere, als daß eine Kammer, in welcher sein Einfluß im Schwinden begriffen ist, bald heimzuschicken und daß Neuwahlen auszuschreiben sind, die eine stramme gambettistische Mehrheit in die Kammer entsenden. Das Kabinet Freycinet wird seine Hauptthätigkeit auf die Erzielung derartiger Wahlen zu richten haben und die Einsetzung wurzelechter gambettistischer Beamter ist die Vorbedingung für solche Wahlen.

Die Bevölkerung der ungarischen Hauptstadt setzt die Demonstrationen vor dem Adelskasino beharrlich fort. Es hat den Anschein, daß diese Tumulte von den Freunden Verhovay's systematisch angezettelt werden, und das ist tief zu bedauern und kann nicht scharf genug verurtheilt werden, als ein Akt der Selbsthilfe und Selbstrache, für welchen es im civilisirten Staate ebensowenig Raum giebt, als für das Faustrecht des Duells, das gewisse Elemente des Casinos cultiviren. Man zertrümmert die Fenster des Casinos mit Steinen, unter Umständen auch mit Bierkreuzerstücken. Was die Bedeutung der Straßenszenen betrifft, so muß man sich allerdings vor Uebertreibungen in Acht nehmen; aber man darf dennoch aussprechen, daß diese Aeußerungen der Volksentrüstung einen ganz ernsten Charakter an sich tragen. Man kann mit Recht betonen, daß im magyarischen Elemente keine revolutionären Tendenzen vorhanden sind, daß somit die Straßenunruhen auch nicht als die Vorläufer einer allgemeinen Bewegung mit gewaltsamem Ausgange angesehen werden können. Andererseits können jedoch auch die Anhänger der Regierung nicht in Abrede stellen, daß in Ungarn eine weitverbreitete Unzufriedenheit besteht, und daß die Autorität der staatlichen Organe in bedenklicher Weise gesunken ist. Wenn Abgeordnete der äußersten Linken wie Herrmann und Szalay erst das Militär und dann den Stadthauptmann nach Hause schicken und die Disposition über die Massen der Hauptstadt übernehmen, das ist bezeichnend für die Lage.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 15. Januar. Das Abgeordnetenhaus verwies die Verwaltungsvorlagen an eine 21gliedrige Kommission. Im Laufe der Debatte forderte der nat.-lib. Abg. Rickert die Konservativen auf, gemeinsam mit den Liberalen das Verwaltungsreformwerk in dem Geiste, worin es begonnen, fortzuführen. Der freikonserv. Abg. Tiedemann bedauerte, daß Abg. v. Heeremann den Kulturkampf auch in diese Debatte gezogen habe und in die gewohnten Uebertreibungen verfallen sei. Wenn v. Heeremann solche Uebertreibungen vorbringe und eine offene Kriegserklärung ausspreche, stehe die Versöhnlichkeit der Freikonservativen in Gefahr, auf den Gefrierpunkt herabzusinken. (Schrecklich!) Abg. Gneist hielt die Fortsetzung der Verwaltungsreform von dem vorherigen Erlasse einer Landgemeindeordnung nicht für abhängig und dankte dem Minister für den Versuch, die Organisation auf der Basis der Stein'schen Gesetzgebung fortzuführen. (Phrasen!)

Berlin, 15. Januar. Die Budgetkommission genehmigte die Nothstandsvorlage für Oberschlesien mit der Abänderung: Viehfutter und Saatgut sollen nur als Darlehen gegeben werden.

Paris, 15. Januar. Gambetta entschloß sich erst heute früh zur Annahme der Präsidentenwahl. Er hielt keine Ansprache an die Kammer, als er in der Nachmittagssitzung den Präsidentensitz einnahm.

Washington, 14. Januar. Am 20. d. soll hier ein Meeting behufs Unterstützung der Bewegung in Irland stattfinden. Die Einladung zu diesem Meeting ist von dem Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten, Mitgliedern des Kabinets, dem Präsidenten des Repräsentantenhauses und vielen Senatoren und Deputirten unterzeichnet.

Locales und Sächsisches.

— Am Mittwoch ward der zweite Hof- oder Kammer-Ball bei Ihren Königl. Majestäten abgehalten. Außer den geladenen etwa 250 Personen nahmen an dem Balle auch JJ. KK. HH. Prinz und Prinzessin Georg und Prinzessin Mathilde, sowie Se. Hoheit Prinz Alexander zu Sachsen-Weimar Theil. Das Musikchor des 2. Grenadierregiments führte die Ballmusik aus.

— Landtag. Aus der gestrigen Berathung des Etats des Cultus und öffentlichen Unterrichts in der 2. Kammer ist insbesondere eine Debatte über das Verfahren bei Anstellung von Geistlichen von Interesse. Abg. Niethammer sprach sich gegen das Wahlrecht der Gemeinden und für Ernennung der Geistlichen durch das Landesconsistorium aus. Dieses Verfahren bringe große Uebelstände mit sich, Parteizwistigkeiten, Censurirung der Geistlichen, Schädigung der Abgewiesenen &c. Abg. Oehmichen wandte sich entschieden gegen diese Ausführungen. Warum sollte nicht eine Gemeinde den Geistlichen wählen, der aus dem Herzen zum Herzen zu sprechen verstehe. Gerade im kirchlichem Interesse sei das jetzige Verfahren beizubehalten. Abg. Walter: Der Geistliche dürfe sich nicht, wie es jetzt so vielfach geschehe, blos auf seine Predigt, seine Trauung &c. beschränken, sondern müsse mit der Gemeinde selbst zu verkehren wissen. Abg. Roth erhob gegen die Ansichten seines Parteigenossen Niethammer förmlich Protest. Dieser blieb indeß dabei stehen. Was man dagegen angeführt, spreche dafür. Wie seien denn die Geistlichen, welche zu gelehrt sprächen, in die Gemeinden gekommen? Doch erst durch das jetzige Wahlverfahren. „'s sind noch solche angestellt worden!“ warf Abg. Philipp dazwischen, welcher sehr energisch dafür eintrat, daß den Gemeinden das Wahlrecht erhalten bleibe. Dasselbe habe bisher keinen andern Uebelstand gehabt, als daß es den Abg. Niethammer zu einer solchen Rede veranlaßte. Die Geistlichen möchten nur einmal unter ihren Amtsbrüdern Umschau halten, um die auszusondern, deren Bestreben nur darauf gerichtet ist, in den Gemeinden Unfrieden zu säen. Es gäbe Fälle, wo die Gemeinden durch den Geistlichen aus den Kirchen getrieben würden, weil erstere keine Achtung vor dem Geistlichen als Mensch haben könnten. Ja, es sei ihm ein Fall bekannt, in dem sich ein Geistlicher geradezu roh anläßlich eines Familienverhältnisses ausgesprochen habe. Es herrsche ein guter kirchlicher Sinn in unserem Volke; derselbe sei indeß nicht die Folge der Bestrebungen einer gewissen Partei, sondern der allgemeinen Bildung des Volkes. Abg. Leutritz anerkannte dagegen, daß das jetzige Verfahren wohl Uebelstände biete, doch würden dieselben durch Niethammer's Vorschläge nicht beseitigt. Ebensowenig Anklang fand ein Wunsch des Abg. Mehnert. Zur Verbesserung gering dotirter geistlicher Stellen und zu Alters- und persönlichen Zulagen an Geistliche wurden 212,490 Mk. bewilligt. Der Abg. Mehnert wünschte nun, daß die geistlichen Stellen, für welche Zulagen gewährt werden, bekannt gegeben werden möchten. Er hoffte damit zu vermeiden, daß besser situirte Gemeinden zu Ungunsten weniger gut situirter für ihre Geistlichen Zulagen erhalten. Auch glaubte er, daß sich dadurch reichere Gemeinden, wie z. B. Bischofswerda, genöthigt sehen werden, selbst auskömmlich für ihre Geistlichen zu sorgen. Ihm wurde eingewendet, daß dies Gemeinden und Geistliche bloß stellen hieße. Abg. Bönisch theilte mit, daß eine Dresdner Kirchengemeinde ihrem Geistlichen aus freien Stücken eine Gehaltszulage von 200 Thaler gewährt habe (Bravo!), um zu vermeiden, daß seitens des Staates eine Unterstützung erforderlich werde. Später habe sich aber doch ergeben, daß dem betr. Geistlichen, der zwar ein sehr tüchtiger, aber doch noch junger Mann und keineswegs hilfsbedürftig sei, seitens des Ministeriums eine Zulage von 150 M. ausgesetzt worden. Der Minister Dr. von Gerber rechtfertigte dies. Die Staatszuschüsse für die evangelischen Kirchen, einschließlich der Zulagen und Emeritirungsbeiträge, Predigerwittwen- und Waisenkassen, werden in der vorgeschlagenen Höhe bewilligt. Beim Kapitel Landeskonsistorium beklagen sich Abgg. Knechtel, Klopfer und Müller-Colditz über die von demselben erlassenen Verordnungen, wonach Geistliche und Kantoren das Trauerhaus nicht mehr zu besuchen brauchen, um die Trauerfeierlichkeiten vorzunehmen, bez. wonach die Gemeinden und Kirchenärare zur Zahlung der Einkommensteuer für die Geistlichen verpflichtet sein sollen. Letztere Verordnung ist übrigens wieder aufgehoben worden. Der Zuschuß zum Landesconsistorium wurde mit 104,507 Mk. genehmigt, der zum Ministerium mit 214,784 Mk., der für katholisch-geistliche Behörden mit 23,766 Mk. Bei der Universität (Zuschußerforderniß 717,702 Mk.) erklärte Cultusminister Dr. v. Gerber, daß die Wiederbesetzung des seit dem Tode Peschel's vakanten akademischen Lehrstuhls für Geographie fortwährend im Auge behalten werde. Für das Dresdner Polytechnikum wurde ein Zuschuß von 249,746 Mk. bewilligt. (Einnahmen: 29,455 Mk., Ausgaben: 279,201 Mk.). Für Gymnasien und Realschulen wurden 879,013 Mk. gefordert, d. i. 69,336 Mk. mehr als im vorigen Budget. Von dem Mehrbedarf kommen 37,315 Mk. auf das neue Leipziger Gymnasium, 14,709 auf die Vermehrung der Klassen im Gymnasium zu Neustadt-Dresden und 22,500 Mk. auf die Erbauung vermehrter Unterrichtsräume beim Zwickauer Gymnasium. Zu letzterem Zwecke wollte die Deputation nur 17,500 Mk. (also im Ganzen, da das Budget auf 2 Jahre festgestellt wird, 35,000 Mk.) bewilligen. Der warmen Befürwortung des Vicepräs. Streit, des Abgeordneten Vobel und des Ministers gelang es schließlich, unter gewissen Bedingungen für die Stadt Zwickau die erforderlichen 22,500 Mark herauszupressen. Minder glücklich waren die Städte Freiberg und Wurzen, die für ihre Realschulen I. O. einen höheren Aversionalbeitrag verlangten. Freiberg erhielt wenigstens eine Erhöhung von 3000 M. statt der geforderten 6000, während Wurzen leer ausging, trotzdem für letztere Stadt die Abgg. Günther, Dr. Meischner, Dr. Minckwitz und Däberitz warm eintraten. Für Freiberg stritten Abgg. Müller, Penzig und v. Oehlschlägel. Für die Lehrer-Seminarien wurden 953,179 M., für die Volksschulen 1,457,568 M., für die Taubstummen-Anstalten 196,943 M., für den israelitischen Cultus und die Deutschkatholiken 3450 M. bewilligt. Beim Volksschuletat erklärte Abg. Riedel gegenüber den in der 1. Kr. gefallenen Aeußerungen, daß er seine neulichen Behauptungen betreffs des Vertriebs des „Sächs. Volkskalenders“ durch Geistliche vollständig aufrechterhalte. Es sei ihm kein Fall bekannt, daß ein Geistlicher einem Schulkinde einen Kalender geschenkt habe. Durch den Kalendervertrieb seitens der Geistlichen würden die Geschäftsleute geschädigt. Cultusminister Dr. v. Gerber bedauerte, daß er dem Vorredner das Resultat der in bezogener Angelegenheit angestellten Erörterungen nicht habe vorher mittheilen können, da ihn dasselbe gewiß beruhigt hätte. Abgeordneter Roth wünschte Vermeidung einer Ueberanspannung der Lehrziele bei Töchterschulen. Endlich wurde die Regierung noch um Erörterungen darüber ersucht: wie die Heizungsanlagen für Räumlichkeiten, die zur Benutzung von Staatslehranstalten oder von Staatsbehörden dienen, herzustellen sind, wenn sie zweckentsprechend, dabei aber namentlich der Gesundheit nicht schädlich sein sollen. Abg. May hielt die alten Kachelöfen für das beste. Zum Aufbau der am 2. Septbr. 1878 abgebrannten Stallgebäude des Schlosses zu Pillnitz wurden nachträglich 30,000 Mk. beantragt.

— Die 2. Kammer beräth heute den Antrag des Abg. Dr. Heine, die Beseitigung der Goldwährung betreffend.

— Der Dresdner Geflügelzüchterverein (gegründet im Jahre 1865) hält in den Tagen vom 23. bis mit 26. Januar in den Sälen der Gartenbaugesellschaft Flora, Ostraallee 32, seine 16. Geflügelausstellung ab; dieselbe wird sich zu einer allgemeinen deutschen Musterausstellung gestalten und soll, was Schönheit der Rassen betrifft, alle bis jetzt in Deutschland abgehaltenen Ausstellungen bei Weitem übertreffen. Außer silbernen Medaillen gewährt der Verein für die vorzüglichsten Resultate in der Federviehzucht 3000 Mark an Prämien. Die Reichhaltigkeit des Katalogs ist höchst erfreulich und verspricht für Kenner wie für Laien im höchsten Grade interessant zu werden. Verbunden mit dieser Ausstellung ist auch eine Verloosung von nur rasseechtem Geflügel und sind Loose (mit Koupon zum einmaligen freien Eintritt) hierzu à 2 M. durch den Hofgärtner L. Seyffarth jr., Amalienstraße 17, zu entnehmen.

— Direkt an Se. Maj. den König hat ein hochherziger Kaufmann in New-York 500 Mark gesandt zur theilweisen Abhilfe der, wie er gelesen habe, in einem Theile Sachsens herrschenden Hungersnoth. Da effektive Hungersnoth glücklicherweise in Sachsen nirgends herrscht, so ist die Summe, um dennoch möglichst im Sinne des Schenkgebers Verwendung zu finden, der Kreishauptmannschaft in Zwickau für die Nothleidenden im dortigen Regierungsbezirk zugestellt werden.

— Auf private Einladung fanden sich am Montag im Gesellschaftssaale der Dresdner Kaufmannschaft gegen 80 dieslas